

Erscheint in Leipzig
Freitag, Sonntag.
Abonnementpreis
für ein Jahr 1 Mk. 50 Pf. von
Quartal.
Wochen-Abonnement
werden bei allen deutschen Buchhändlern
auf den 2. und 3. Monat, und auf den
6. Monat besonders angenommen; im
Folge der Buchhändler-Verzeichnisse
Münsterberg auch auf den 1sten Monat
von 25 Cents zu 54 Pf.
Inserate
beim Verlag zu 10 Pf. pro Zeile
beim Druck zu 5 Pf. pro Zeile
beim 30 Pf.

Vorwärts

Verlegungen
nehmen an alle Postämter und Buch-
handlungen des In- u. Auslandes.
Hilfs-Expeditoren.
New-York: Es. -druck. Braun-
schweig-Verlag, 154 Broadway Str.
Philadelphia: H. G. & Co., 220 North
2nd Street.
J. Bell, 1129 Charlotte Str.
Boston N. J.: F. H. Gutzg., 215 Wash-
ington Str.
Chicago: H. Konnermann, 74 Clybourn-
Str.
San Francisco: F. G. & Co., 415 O'Farrell Str.
London W.: G. G. & Co., 2 New St.
Golden Square.

Central-Organ der Sozialdemokratie Deutschlands.

Nr. 138.

Freitag, 23. November.

1877.

Des heutigen sächsischen Feiertages (Buß-
tages) halber fällt die nächste Nummer des
„Vorwärts“ aus. Als Ersatz werden wir den
Lesern am nächsten Mittwoch eine Doppelbeilage
geben.

Die Grund- und Bodenfrage (Schluß.)

Daß bei Gartenbau, bei Weinbau u. s. w. der Acker Land
im Kleinbetrieb mehr Ertrag liefert als bei gewöhnlicher Land-
wirtschaft der Acker Land im Großbetrieb, das ist allerdings
eine „bekannte Thatsache“, aus der indeß nur ein — Birnbaum
den allgemeinen Schluß ziehen kann, der Großgrundbesitz sei
weniger erträglich, als der Kleingrundbesitz. Uebrigens wird der
Garten- und Weinbau mehr und mehr von dem Großkapital
annektirt — man frage bloß unsere Handlungsgärtner und Wein-
bauern. Wir wollen auch nicht bestreiten, daß ein Kleinbauer,
wenn er seine paar Morgen Land mit Ausbietung aller Kräfte
bewirtschaftet, auf den Morgen mehr ernten kann, als der Durch-
schnittsertrag eines Morgens Land bei Großbetrieb ausmacht,
aber dieses Resultat kann er nur auf Kosten seines eigenen Selbst
erlangen: der Mann wird dem Land geopfert, er arbeitet sich
und seine Familie bankrott, mager und todt, um seine Ackerchen
fett zu arbeiten. Durch übermenschliche Anstrengungen vermag
das eine oder andere Individuum momentan, für einige Zeit,
die ökonomischen Gesetze, die Folgen der Konkurrenz scheinbar
aufzuheben, allein eben auch nur scheinbar. Im Großen
und Ganzen machen sich dieselben mit unwiderstehlicher Kraft
geltend — die Ausnahmen rächen sich und beweisen nur die
Regel.

Der Abgeordnete von Ludwig (Centrum) hat dies eingesehen
und ließ seinem Kollegen Sombart den Text. Er ist zwar „mit
dem Abgeordneten Sombart darin einverstanden, daß man den
sogenannten kleinen Grundbesitz erhalten und eventuell erweitern
müsse, soweit die erforderlichen Materialien vorhanden seien.
Einzige Behauptungen derselben erklärt er jedoch für unrichtig.
So sei es durchaus falsch, daß der Großgrundbesitz
nicht im Stande sei, eben so billig zu wirtschaften
wie der Bauer. Das sei schon a priori unrichtig. Denn der
Arbeiter arbeitet für den Bauer nicht billiger als für den Groß-
grundbesitzer. Es seien aber gewichtige Momente vorhanden,
welche dafür sprechen, daß der Großgrundbesitz im Gegentheil
billiger produziere, als der kleine Grundbesitz. Bei der Industrie
sei es eine anerkannte Thatsache, daß die große Fabrikation und
die großen Etablissements billiger arbeiten. Warum sollte es
bei der Landwirtschaft anders sein? Es liege auf der Hand,
daß man alle Vortheile besser ausnütze und namentlich viele
Detailarbeiten sparen könne, wenn man ein großes Ganzes zu
dirigieren habe. Sodann glaubt Reuber auch der Behauptung
widersprechen zu müssen, daß es unökonomisch sei, große Acker-
strecken Jahre lang unbesäet liegen zu lassen. Solche Strecken
sind durchaus nicht als todt zu betrachten, da sie als Weide für
Schafe und Rindvieh einen ganz erheblichen Nutzen bieten. Was
die Parzellierung anbetreffe, so möge man dieselbe in solchen
Gegenden vornehmen, wo es viele Menschen gebe. In den Ge-
genden, wo dies nicht der Fall sei, möge man den Großgrund-
besitz ungeschmälert lassen.“

Die letztere Bemerkung des Herrn von Ludwig ist durchaus
unrichtig: sie schlägt den Thatsachen geradezu ins Gesicht:
England ist das dichtstbevölkerte Land in Europa, und
in England herrscht ausschließlich der Großgrundbesitz. Das
Gegentheil des von Herrn v. Ludwig Gesagten ist wahr: da
der Großbetrieb größeren Ertrag liefert, also mehr Lebens-
mittel erzeugt als der Kleinbetrieb, so ist folglich ein Land mit
Großbetrieb auch im Stande, eine größere Einwohnerzahl zu
ernähren als ein Land mit Kleinbetrieb — natürlich gleiche
Rationalität des Betriebs vorausgesetzt. Wenn die Bevölkerungs-
zahl eine gewisse Höhe erreicht hat, wird aus diesem Grunde
der Kleinbetrieb sogar einfach unmöglich, und der Großbetrieb
zur absoluten Nothwendigkeit.

Nach v. Ludwig sprach Miquel. Das ehemalige Mitglied
des Communistenbunds, welches inter pocula (beim Glase) „prin-
zipiell“ seinen Jugendschwärmereien treu geblieben zu sein be-
hauptet, konnte die communistische Vergangenheit nicht völlig
verleugern und trat ebenfalls dem Herrn Sombart entgegen:
„Ich glaube nicht, daß der Abgeordnete Sombart hat behaupten
wollen, der Kleinbesitzer arbeite unter allen Umständen billiger
als der Großgrundbesitzer. Noch weniger aber halte ich das
Entgegengesetzte für richtig. Die ganze Frage ist eine reine
Lokalfrage. Allerdings giebt es Gegenden, wo günstige Verhält-
nisse dem Großgrundbesitz bessere Chancen bieten. Auch
ist der letztere viel eher im Stande, die Vortheile der neuen
landwirtschaftlichen Maschinen auszunutzen. Vor 20 bis 30
Jahren hat man sehr viel in der Theorie gestritten, ob der
mittlere bäuerliche Grundbesitz überhaupt noch eine Zukunft habe,
oder ob er in Folge der Fortschritte der Naturwissenschaften eben
so wie das Kleinvermögen mit der Zeit zu Grunde gehen müsse.
Heute aber hat man sich in Theorie und Praxis überzeugt, daß
dies lediglich eine Lokalfrage ist. In der Nähe von Städten,
wo der Arbeitslohn theurer ist, wird es dem Kleinbesitz aller-
dings nicht leicht möglich sein, mit dem Großgrundbesitz zu
concurriren. Ganz anders aber liegen die Verhältnisse da, wo die
Kleingrundbesitzer Intelligenz genug besitzen, sich durch Asso-
ziationen alle diejenigen Vortheile, z. B. die Ma-

schinen u. s. w., zu verschaffen, die sonst nur dem Groß-
grundbesitz zur Verfügung stehen. Es läßt sich aber nicht
verkennen, daß viele Umstände von vorn herein dem kleinen
Grundbesitzer zu Gute kommen. Wenn der Bauer selbst mit-
arbeitet, so ist das etwas ganz anderes, als wenn man mit
lauter gedungenen Arbeitern wirtschaftet. Auch bin ich der
Ansicht, daß das Gebäudelapital viel schwerer auf den großen
Grundbesitz drückt, als auf den kleinen. Ich wiederhole, es han-
delt sich hier um eine Lokalfrage. Das haben wir nie verlangt,
daß mit der Parzellierung der Domänen ohne Rücksicht auf die
lokalen Verhältnisse vorgegangen werden soll.“

Ein kurioses Gemisch von Irrthum, Dichtung und Wahrheit.
Der Communist Miquel liegt sich mit dem „Theiler“ und Spe-
kulant Miquel in den Haaren. Dem Communist Miquel, der
den Großbetrieb befürwortet und für den genossenschaftlichen
Betrieb des Ackerbaus eine Lanze bricht, können wir nur unsere
Zustimmung ausdrücken. Dem „Theiler“ Miquel, der die Aus-
schöpfung der Domänen wünscht, und den Fortbestand des
Kleingrundbesitzes — fürsorglich sagt er: „mittlerer bäuer-
licher Grundbesitz“ — als „Lokalfrage“ bezeichnet, haben wir
bloß zu bemerken: er möge beim Communist Miquel auf ein
Bierstündchen in die Schule gehn.

Mit der Miquel'schen Rede war die Debatte zu Ende — denn
was Herr von Meyer noch auf dem Herzen hatte, wäre besser
auf seinem Herzen geblieben.

Ergebnis der anderthalbstündigen Redebeiträge: null.
Der Etat der Domänenverwaltung wurde ohne Abstimmung
genehmigt. Man hatte wieder einmal „geredet, um zu reden“.

Zur Lage in Frankreich.

Unsere bismarckischen und nichtbismarckischen Bewunderer der
französischen „Republikaner“ fangen an zur Vernunft zu kom-
men. Daß die „Nationalzeitung“ die letzte „Redeschlacht“ in
Versailles eine „Donquixoterie“ nennt, haben wir bereits mit-
geteilt. Einen anderen Artikel schließt das Organ des tapferen
Derenburg mit den elegisch-mysteriösen Worten:
„Die republikanische Majorität kann sich in ihrer Agonie halten
und ruhig hinschlachten lassen; sie kann mit dem Kathos der
Leidenhaftigkeit untergehen. Sie wählt das Bestere — wer kann's
ihre verdanken? Aber auch der Tag der Wiedervergeltung wird
kommen; er ist in Frankreich noch nie ausgeblieben.“

Er bleibt nirgends aus, auch in Deutschland nicht. In
Frankreich ist er sogar schon gekommen, und gerade das Fiasco
der „Republikaner“ ist „Wiedervergeltung“ — für 1871. Auch
Mac Mahon (der nach dem obigen Gleichniß, das die „Repu-
blikaner“ mit Cäsar vergleicht, die Rolle des Brutus spielt)
wird seinen „Tag der Vergeltung“ haben, aber die Schlingel
des Herrn Derenburg werden daran unschuldig sein.

In einem anderen Artikel sagt die „Nationalzeitung“ nach
einigen kritischen Bemerkungen über den Antrag Gredy:
„Was uns aber die stärksten Zweifel an der Klugheit der
von den Republikanern eingebrachten Maßregel (!) einflößt, ist
die Unausführbarkeit derselben gegenüber dem Widerstand
der Regierung; wir halten es für gefährlich, gerade einem Volk
wie den Franzosen gegenüber, das vom Erfolg so stark beein-
flußt wird, die Schwäche der Position so offen aufzudecken.“

Die „Allgemeine Zeitung“, die ebenfalls früher den franzö-
sischen Himmel voller nationalliberal-„republikanischer“ Wäg-
geigen hängen sah, ließ am Freitag folgenden Warnruf er-
tönen:
„Die republikanische Partei wird aber wohlthun, die Rechts-
frage nicht zu einer Frage der Macht zuzuspitzen. Denn wer
hat die Macht in Frankreich? Man hat nicht mit Unrecht ge-
sagt, daß seit einem Jahrhundert in Frankreich immer der Ge-
herrschte hat, der die Armee befehligt, und das ist für jetzt der
Herzog von Magenta. Wenn die Republikaner den moralischen
Sieg, den sie durch die Wahlen erfochten haben, festhalten
wollen, so müssen sie ebenso viel Mäßigung als Festigkeit be-
weisen.“

Das heißt, sie müssen Mac Mahon wirtschaften lassen und
sich mit ihrem „moralischen Sieg“ begnügen, wenn sie nicht
materiell besiegt sein wollen. Nun — der „moralische Sieg“
ist inzwischen schon zur „moralischen“ Niederlage geworden,
was beiläufig der richtigere Name für jeden „moralischen
Sieg“ ist.

Einen recht vernünftigen Artikel über „die Lage in Frank-
reich“ bringt der „Hamburgische Correspondent“. Er adoptirt
die sozialistische Auffassung, daß die bürgerlichen „Republikaner“
sich nicht schlagen und, falls es zum Aeußersten kommen sollte,
einen Staatsstreich weniger fürchten als eine Revolution.

„Dem nüchternen, von Sympathien und Antipathien un-
berührten Zuschauer“, schreibt der „Hamb. Correspondent“, „drängt
sich zunächst die Frage auf, auf welche Elemente republikanischer
Seite für den Fall eines Entscheidungslampfes gerechnet wird.
Die Regierung hat die Armee, das Beamtenhum, die Geistlich-
keit und einen immerhin bedeutenden Theil der Bevölkerung für
sich; mit ihr gehen all die Aengstlichen, welche von einer Er-
schütterung der bestehenden Ordnung Gefährdung der materiellen
Interessen fürchten. Mit wem rechnen die Republikaner? Bei
den gewaltsamen Revolutionen, welche bisher auf dem Pariser
Pflaster ausgekämpft worden, stand das Proletariat regelmäßig
auf der Seite der Erhebung und gab der Wille des sogenannten
Pariser Volks den Ausschlag.“

„Seit der Straßenschlacht vom Juni 1848 hat dieses
Verhältnis sich zu ändern begonnen, seit dem Com-
muneaufstand vom Mai 1871 ist dasselbe vollständig
in sein Gegenteil umgeschlagen. Hinter den bürgerlichen
Republikanern, welche sich dem Staatsstreich vom zweiten De-

zember zu widersetzen versuchten, stand nur noch ein Bruchtheil
der Revolutionsarmee vom Februar 1848 und Juli 1830, die
Oppositionsmänner von heute werden von den Epigonen dieser
Armee noch grimmiger gehaßt, als von ihren monarchischen und
kerikalischen Gegnern. Ihr Hinterland bildet eine Schicht der Be-
völkerung, welche es vor der Wahlurne und auf der Redner-
tribüne nicht an sich fehlen läßt, auf der Barricade aber niemals
heimisch gewesen ist und im Fall eines Barricadenkampfes noch
sehr viel äbler daran wäre (alberner Weise zu sein sich ein-
bildet. R. d. „B.“), als wenn die Intriganten der Curie oder
des zweiten Kaiserthums Recht behielten. An die Stelle der
Partei- und Meinungsgegensätze von ehemals sind Interessen-
und Klassenunterschiede so durchschlagender und gefährlicher
Natur getreten, daß die bestehenden Republikaner und bestehenden
Monarchisten sehr viel mehr gemein haben, als Kapitale
der bürgerlichen und der sozialistischen Richtung. Soll der gegen-
wärtig entbrannte Kampf zu einem Ergebnis führen, der die
Grundlagen der gesellschaftlichen Ordnung unerschütterter läßt, so
muß er innerhalb des Bürgerthums, innerhalb der Klasse der
Besitzenden ausgetragen werden. Hier aber sieht eine organisierte,
auf wohlgeordnete, zum Kampf auf Nachmittage gestützte Regie-
rung einer Parlamentsmehrheit gegenüber, die nur über sich selbst
und über eine Anhängerschaft zu verfügen hat, die weder kampfs-
lustig noch zum Kampf organisiert ist. Und noch mehr! Zu einer
parlamentarischen Mehrheit haben die Republikaner es überhaupt
nur gebracht, weil sie sich mit ehemaligen Monarchisten gemäßig-
ter Schattirung, mit Leuten verbunden haben, welche von der
Republik fester Garantien für Ruhe und Ordnung erwarten, als
von einer erzwungenen Monarchie.“

„In die Bahnen, welche sie unter Thiers' Führung gemandelt,
können die Republikaner nicht mehr zurück, der Weg zu einer
Auslösung mit dem Präsidenten ist ungangbar geworden. Da-
mit haben sie von ihrer bisherigen Anhängerschaft so viel ver-
loren, daß sie auf diese nicht mehr rekurriren können, daß sie
in der That nur ihrem Vortheile nachgehen, wenn sie Kammer-
auflösung und Neuwahl mit allen ihnen zu Gebote stehenden
Mitteln zu verhindern suchen. Das eigentliche Gewicht geht
damit an Gambetta und dessen Freunde über. Von diesen will
das französische Bürgerthum aber Nichts wissen — der vierte
Stand aber bildet eine Partei für sich und hat wiederholt ge-
sagt, daß er bei einem Reaktionsregiment bessere Rechnung zu
finden glaubt, als bei der Herrschaft seiner Feinde vom Mai
1871.“

Letzterer Satz enthält eine grobe Unrichtigkeit. Es ist unseres
Wissens niemals von sozialistischer Seite erklärt worden (weder
mit Bezug auf die jetzige französische, noch auf irgend eine
andere politische Krise), daß „der vierte Stand“, soll correct
heißen: die Arbeiterklasse, „bei einem Reaktionsregiment
bessere Rechnung zu finden glaubt, als bei der Herrschaft ihrer
Feinde“ d. h. des liberalen Bürgerthums. Was die Sozialisten
mit Bezug auf den Conflict zwischen Mac Mahon und den
„Republikanern“ erklärt haben, ist, daß sie keine Lust haben,
für die Feinde des Proletariats die Kastranen aus dem
Feuer zu holen, und daß sie von den Rädern der Com-
mune durch einen breiten Blutstrom getrennt sind, der gemein-
sames Handeln unmöglich macht.

Das Verkennen dieser einfachen Thatsache hat die zahlreichen
Irrthümer und Illusionen erzeugt, welche sich während der letzten
Monate in die Beurtheilung der französischen Zustände einge-
schlichen haben.

Wie wir früher schon ausführten, ernten die „Republikaner“
nur, was sie gesät haben. Die gegenwärtige Situation ist das
nothwendige Resultat der von ihnen befolgten Politik. Durch die
Niederwerfung der Commune, welche die Erhaltung und Be-
festigung der Republik zum obersten Zweck hatte — durch den
beispiellosen Vertilgungskrieg gegen das sozialistische Proletariat,
die einzige zuverlässige Stütze der Republik, haben sie den Fein-
den der Republik den Weg gebahnt, und wenn sie jetzt darüber
zornen, daß Mac Mahon diesen Weg geht, so ist das einfach
kindisch. Und man hat nicht bloß den Weg gebahnt, man hat
auch gleich die Wegweiser angebracht, damit die Feinde der
Republik sich nicht verirren können — Wegweiser in Gestalt von be-
quemen Verfassungsparagraphen. Wer hat den Senat geschaffen, wer
die verschiedenen anderen Bestimmungen decretirt, mit deren
Hilfe Mac Mahon den „konstitutionellen Kampf“ durchaus
konstitutionell, d. h. ohne Verletzung eines Buchstabens jenes
Wachwerks, genannt französische Verfassung führen kann? Wer
anders als die Herren „Republikaner“?

Nach den letzten Berichten haben die „Republikaner“ einge-
sehen, daß donnernde Reden und „kräftige“ Anträge sie nicht
zum Ziel führen, und sich wieder auf die beliebte schiefe Ebene
der Concessionen begeben. Verschiedene, durch nachweisbare Be-
amtenübergriffe zu Stande gebrachte Wahlen von Regierung-
candidaten wurden in den letzten Sitzungen für gültig erklärt,
und, nicht zufrieden mit diesem Liebesdienst, hat das linke Cen-
trum beschloffen, den Antrag auf Freilassung des radikalen De-
putirten Bonnet-Duverrier, der bekanntlich wegen Verleidi-
gung Mac Mahons im Gefängnis sitzt, nicht zu unterstützen,
während es nichts dagegen einzuwenden hat, daß der bonapa-
rtistische Schreihals Granier (aus dem Dorf „Cassagnac“, nach
welchem sein Vater sich eigenmächtig „adeltete“, der ebenfalls zu
Gefängnis verurtheilt, auf freien Füßen ist und die Sitzungen
der Nationalversammlung durch seine Ungezogenheiten stört.

Natürlich ist die äußerste Linke über diesen Entschluß des
linken Centrums sehr ärgerlich, was dem linken Centrum sehr
gleichgültig sein wird. Wenn die wirklich ehrlichen Republi-
kaner sich je eingebildet haben, die aus Opportunitätsrücksichten
momentan unter republikanischer Flagge segelnden Bourgeois
meinten es mit der Republik ernst und seien wirkliche Demo-

kraten, so war das eine arge Selbsttäuschung, die von großer Naivität zeugt.

Der Lohn für das Entgegenkommen der „Republikaner“ ist nicht lange ausgeblieben: Das Ministerium hat seine Entlassung eingereicht und Mac Mahon läßt ein „Geschäftsministerium“ gründen.

Das ist der Anfang des Compromisses.

Sozialpolitische Uebersicht.

Bei der Etatsberathung der Justizverwaltung, Titel: Staatsanwälte, im preussischen Abgeordnetenhaus wendet sich der Herr Abgeord. v. Ludwig gegen die großen Ueberflüsse der Justizverwaltung im vorigen Jahre, die aus den vielen Preß- und politischen Prozessen gegen die Merikalen und Ultramontanen entstanden seien. Viel besser sei es, wenn die Staatsanwaltschaft sich mit größerer Kraft gegen die Schwindler und Betrüger wende. Die Prozesse, die man gegen dieselben eingeleitet habe, seien geradezu zum Gespött geworden; man hätte entweder den Gründern nichts anhaben können, oder die Untersuchungen fallen lassen. Man bedürfe also nicht nur eines energischen Vorgehens der Staatsanwälte, sondern auch einer Reform des Amtsgesetzes. Diese scheine jedoch der Regierung und dem Bundesrathe nicht sehr am Herzen zu liegen. Immer noch würden, den Behauptungen der liberalen Vordenker entgegen, neue Gründungen geschaffen. Allerdings habe sich Herr Lasker das große Verdienst erworben, 1873 den Herrn Justizminister aufzufordern, den Staatsanwälten mehr Aufmerksamkeit auf jene Gründungen zu empfehlen. Im Volke sei jedoch der Glaube verbreitet, daß der Herr Justizminister im Gegentheil seine Beamten von allzuschärfen Maßregeln abgehalten habe, da Mitglieder hoher Kreise compromittirt werden könnten. Material finde sich aber nicht nur in der Presse, sondern auch in der Schrift Otto Slagau's massenhaft angehäuft; besonders diese letztere empfehle er dringend dem Herrn Minister, den er, falls man sie nicht annehmen zu finden, oder seinem Stellvertreter, falls man sie noch nicht kenne. (Heiterkeit.) Dieses Material müsse der Staatsanwalt pflichtgemäß betrachten und klar stellen. Die berühmte Gränberrede (Heiterkeit) des Herrn Lasker sei mit großer Freude begrüßt worden, weil er betont habe, die Dinge müßten aufgeklärt und jeder Winkel mit der Fackel beleuchtet werden, damit das Volk beruhigt werde. Das sei jedoch nicht geschehen. Nach der „Magdeburgischen Zeitung“ sei Herr Lasker auf ein Pentagramm gestossen, das ihm das weitere Vorgehen verbiete; nach Redners Meinung ist dies Hinderniß in der Fraktion des Herrn Lasker zu finden. (Aha! Unruhe links.) Otto Slagau habe auch diesen Punkt genau bearbeitet und den Staatsanwälten sowie den Untersuchungen des Herrn Lasker die Wege gebahnt, so daß noch in letzter Stunde das Gehör werden könne, was das Volk zu verlangen habe. (Die Ausrufung des Redners, er komme zum Schluß, wird mit Bravo! begrüßt.) Mit erhobener Stimme fordert er den Herrn Justizminister auf, die Staatsanwälte mit Anweisungen zu versehen, daß sie das aktenmäßige Material soviel als möglich benutzten; es sei die höchste Zeit dazu, damit nicht die Gründungen von 1872 ebenso verfielen wie die von 1870 und 1871. Abgeordneter Lasker wird an sein feierlich vor dem Volke gegebenes Versprechen erinnert und aufgefordert, dasselbe einzulösen, damit das Volk wisse, was es zu erwarten habe. Von Slagau seien 266 theils wessene, theils jetzige Parlamentarier genannt worden; selbstverständlich seien jedoch viele Ehrenmänner darunter, die legensreiche Gründungen geschaffen hätten. (Bravo! im Continuum.)

Daß die liberale Majorität die Ausrufung des Redners, daß er zum Schluß komme, mit Bravo begrüßt, ist sehr bezeichnend — mancher liberale Gründer hatte auch Ursache dazu, den Schluß der Rede zu wünschen.

Abg. Lasker weiß dem Herrn v. Ludwig nichts entgegenzusetzen, als das Wort: „große Verleumdung“, und als Verleumder nennt er die Herren v. Dietz-Daber, Slagau und die „Magdeburgische Zeitung“, die sich bei dem kleinen Schwäher bedanken mögen. Lasker suchte darauf die früher eingeleitete parlamentarische Untersuchungskommission zu vertheidigen, die sehr eingehend und objectiv gearbeitet und dem Lande große Dienste geleistet habe. (Wer kennt die Dienste?)

Nachdem noch mehrere Staatsanwälte und Regierungskommissarien dem Abg. Lasker zu Hilfe geeilt waren, wird das betreffende Kapitel genehmigt und — die Gründer können getrost auch fernerhin das Volk beschwindeln und auslaugen.

Ein ehrlicher Gegner. Am 17. ds. Mts. hatte die

Ein armer reisender Handwerksbursche.

Unter dieser Ueberschrift bringt die „Tagwacht“ aus der Feder des Parteigenossen Meyri folgenden Artikel, der nicht nur auf die republikanische Schweiz folgt, sondern auch auf alle Kulturstaaten, sie mögen eine republikanische oder monarchische Verfassung haben. In Bezug auf die soziale Frage sind die heutigen Staaten sämmtlich reaktionär. Der Artikel lautet: „Gar Mancher, der diese Zeilen liest, ist wohl selbst draußen gewesen in der Fremde und weiß, wie es so einem armen Teufel zu Muth ist, der bald in glühender Sonnenhitze, bald in eisiger Winterkälte, im Regen und Schnee, mit wunden Füßen und ohne Geld seine Straße dahin zieht.

„So ein junger Gefelle hat nun irgendwo gearbeitet, ein paar Monate lang, oder auch ein Jahr, da naht der Winter oder das Geschäft geht flau und er wird entlassen. Daß er sich nicht zu viel sparen konnte, dafür sorgt schon der ohnehin niedrige Lohn. Er will nicht gern abreisen und sucht nun am gleichen Orte wieder Arbeit — vergeblich! Bei dem nutzlosen Warten schwinden die paar Fränki zusammen und es bleibt ihm nichts anderes übrig, als sein Bündel zu schnüren und den Weg unter die Füße zu nehmen.

„Findet er nicht in den ersten paar Tagen Arbeit, so ist er gezwungen, zu sechsen, der knurrende Magen läßt sich eben nicht mit schönen Phrasen beschwichtigen. Roth kennt kein Gebot und so wandert er dahin in Hunger und Elend. — Hat er nun gar noch das Unglück, von einem Polizeier erwischt zu werden, wenn er von Hunger gequält sich irgendwo ein Stück Brod erbittet, so ist sein Schicksal besiegelt, wenn er einem jener Richter in die Hände kommt, die in jedem Handwerksburschen nur einen unnützen Bagabunden sehen. Sein Einwand, er wolle herzlich gerne arbeiten, wenn man ihm nur Arbeit gebe, bleibt unbeachtet. Das ominöse „Inhaber dieses wurd beim Betteln ertappt, deshalb bestraft und über die Grenze gewiesen“ wird in sein Wanderbuch geschrieben und der arme Bursche so mit Gewalt zum Bagabunden gestempelt, dem jeder Meister mißtrauisch entgegenkommt und dem er nur im äußersten Nothfalle Arbeit giebt, denn er ist ja notorisch ein Stromer, ein Bagabund! Und dies Alles nur darum, weil er, statt hinter einem Baune den Hungertod zu erwarten, da es ja für ihn nirgends Arbeit gab,

volkswirtschaftliche Gesellsch. fast zu Berlin eine zahlreich besuchte Sitzung, in welcher „Unser Braun“ Bericht über die stattgehabte Jahresversammlung des „Vereins für Sozialpolitik“ erstattete. Derselbe meinte, daß die Grundanschauungen des „Vereins für Sozialpolitik“ und des „Volkswirtschaftlichen Congresses“ gar nicht so sehr verschieden seien, auch verdamme der „Volkswirtschaftliche Congress“ gar nicht die Staatsintervention, er wolle nur stets den vorliegenden Fall untersuchen und sei der Meinung, daß zunächst die Selbsthülfe angewandt werden müsse; es sei also nicht wahr, wenn behauptet werde, der „Volkswirtschaftliche Congress“ verfolge das Prinzip des absoluten Gehenslassens. — Nun erklärte Professor Dr. Adolf Wagner: Er sei aus dem „Verein für Sozialpolitik“ wegen der Bundesgenossenschaft desselben mit dem „Volkswirtschaftlichen Congress“ ausgeschlossen, denn er halte die Grundanschauungen dieser beiden Richtungen doch für so sehr verschieden, daß ein gedeihliches Zusammenwirken derselben ihm unmöglich erscheine. Der „Verein für Sozialpolitik“ verfolge das Prinzip, die Sozialdemokratie wissenschaftlich zu bekämpfen, zu untersuchen, welche Wahrheit in derselben enthalten sei und solche alsdann zum eigenen Postulat zu machen. Der „Volkswirtschaftliche Congress“ hingegen, dessen oberster Grundsatz die freie Concurrenz sei, habe sich bis jetzt darauf beschränkt, die sozialdemokratischen Forderungen mit Invektiven zu überhäufen. — Das war ein braves Wort, welches dem Professor Wagner zur Ehre gereicht. — Herr Berliner Mann, vulgo Oppenheim suchte den „Volkswirtschaftlichen Congress“ zu retten, indem er sich an der Marx'schen Werththeorie festhielt und behauptete, das Theoretische der sozialdemokratischen Prinzipien sei längst widerlegt, deshalb lasse sich mit der Sozialdemokratie kein wissenschaftlicher Kampf führen. Daß Herr Oppenheim einen solchen Kampf nicht führen kann, das brauchte er wahrlich uns nicht erst zu sagen, das wußten wir längst. — Jedenfalls das bedeutendste Ereigniß in der Versammlung war das gerade Wort des Professor Wagner's, an dem die Schulze's, die Braun's, die Damburger's, die Unruh's und die Oppenheim's noch lange zu lauen haben werden.

Der „Gewerk-Verein“ des Dr. Max Hirsch, der wöchentlich einmal erscheint, hat oft mit seiner großen Abonnentenzahl gepöhlert. In seiner letzten Nummer giebt er selbst zu, daß er nur 6000 Mark Quartal-Einnahme an Abonnentengeldern hat — das wären, da das vierteljährliche Abonnement gerade 1 Mark kostet, 6000 Abonnenten. Nun aber macht der „Gewerkverein“ darauf aufmerksam, daß das Abonnement für die Gewerkevereine obligatorisch sei, und dann aber nur für die Mitglieder der Herstellungskosten des Blattes, und zwar 35 Pf. Abonnementgeld, betrage. Ganz abgesehen davon, daß es eine ungemeine Beutelschneiderei ist, von den Abonnenten, die Nichtmitglieder sind, das Dreifache der Herstellungskosten, 1 Mark, zu nehmen (der „Vorwärts“ erscheint in gleichem Format dreimal wöchentlich und kostet nur 1,60 M.), ganz abgesehen davon, stellt sich die Sache dann so heraus: Nehmen wir von den 6000 M. 1000 M. für Abonnementgelder der Nichtmitglieder, dann bleiben noch 5000 M. — à 35 Pf. für obligatorischen Abonnementbeitrag = circa 15,000 Mitglieder. Nun wollen wir gerne zugestehen, daß nach solcher Rechnung, die ja der „Gewerkverein“ uns selbst in die Feder gelagt hat, das Abonnement des Blattes circa 16,000 beträgt, daß dann aber nicht mehr als 15,000 Gewerkevereinsmitglieder in ganz Deutschland existiren, von denen weit über die Hälfte nur deshalb bei den Ortsvereinen bleiben, weil sie Jahre lang zu der Baße derselben beigetragen haben und nun nicht plötzlich die Ansprüche auf die Kaffe verlieren wollen. Diese Leute halten meist ein sozialdemokratisches Blatt und lesen den für sie mit an den Ortsvereinsvorstand eingesandten obligatorischen „Gewerkverein“ gar nicht, wie die Balken bei den Vorständen lagernd, nicht abgeholt oder ausgetragener Exemplare beneiden. Beliebt es nun aber dem „Gewerkverein“, unser Rechenexempel für unrichtig zu erklären, dann hat er — die Einnahme von nur 6000 M. quartalsweise ist eingestanden — nur 6000 Abonnenten, giebt er die Richtigkeit zu, dann haben die deutschen Gewerkevereine noch nicht 15,000 Mitglieder — entweder, oder! — Auf alle Fälle eine winzige Partei, welche Dr. Max Hirsch gegen die Sozialdemokratie zusammengedrückt hat.

— Aus Rußland wird berichtet, daß von den in dem bekannten Monsterverfahren verurtheilten 193 Angeklagten bis jetzt in Folge der Untersuchungsarbeit nicht weniger als zwölf gestorben sind. Die Behandlungsart der Untersuchungsgefängnisse und die Räumlichkeiten, in denen sie untergebracht werden, sprechen so

sein Leben sonst zu fristen suchte, ohne ein Verbrecher zu werden.

„Der Staat in seinem jetzigen Zustand zwingt die Arbeiter zum Steuerzahlen, er zwingt ihn in die Uniform, er schreibt ihm von der ersten Stunde an vor, wie und in welchen Schranken er sich zu bewegen hat und verbietet ihm das und jenes, aber daß er ihm das aus allen diesen Bestimmungen consequentermaßen ersorgende Recht auf Arbeit zugesieht, das ist nicht der Fall! — Arbeit giebt es nicht für dich, Geld hast du keine, Kredit gewährt man dir nicht, Stehlen wird mit Zuchthaus bestraft, also bleibst du, ganz genau nach dem Buchstaben genommen, nichts anderes übrig, als zu verhungern, da selbst das Betteln strafbar ist.

„So, Arbeiter, da hast du ein Stück unserer jetzigen Gesetzgebung, merk es dir! Das ist die Gerechtigkeit, die auch in unserer freien Republik dem Armen zu Theil wird! Wir wollen nicht das Recht, betteln zu dürfen, sondern wir fordern und verlangen vom Staate das Recht auf Arbeit und werden dasselbe auch erhalten.“

Soweit Genosse Meyri. — Wir wollen nur hinzufügen, daß wir das Recht auf Arbeit von jeglichem Staate, auch vom heutigen fordern, daß aber das Recht der Arbeit nur die sozialistische Gesellschaft gewährleisten kann.

— Ein sonderbarer Gradmesser des allgemeinen Wohlstandes. Der „National-Zeitung“ entnehme wir folgende statistische Notiz: „Obwohl die oberen Schichten allein ohne Bewußtsein (!) über Verschwendung (!) sich je nach Belieben ihre Küstern und ein Glas Sekt gönnen können, so läßt doch die Statistik den Consum an Champagner in gewisser Beziehung als einen Gradmesser des allgemeinen Wohlstandes erscheinen. Wir wissen, daß seit dem Krach von 1873 die Einfuhr an Champagner überall erheblich nachgelassen hat; wir haben die Klagen gehört, daß seit Beginn des russisch-türkischen Krieges der Abfall des köstlichen Produkts der Champagne in dem weiten Czarreich auf ein Minimum gesunken ist. Am merkwürdigsten aber erscheint die Scala der Champagner-Einfuhr in Nordamerika. In die Häfen der Union wurden 1867 90,750 Körbe à 12 Flaschen = 1,186,840 Flaschen eingeführt.

entfänglich beredt von der russischen Cultur“ und „Humanität“, daß wir für diese erst gar nicht des Gemeines einer bekannten nachbarlichen „Erbfreundschaft“ bedürfen.

— Die Erstürmung von Karz, welche amtlich gemeldet wird, ist der bedeutendste militärische Erfolg, den die Russen in diesem Krieg errungen haben. Wie es möglich war, daß die so stark, mit genügender Besatzung und Munition versehene Festung im Sturm genommen werden konnte, das ist ein Räthsel, dessen Lösung sich vielleicht in der Schuttlade des russischen Finanzministers finden wird. Indes, gleichviel auf welche Weise, die Russen haben Karz und damit den Schlüssel zu Armenien. Für die englische Regierung, die Rußland in Asien weit mehr fürchtet als in Europa, ist dieses Ereigniß jedenfalls eine sehr unangenehme Ueberraschung, und dürfte auf die Interventionsfrage nicht ohne Einfluß bleiben. Auf dem europäischen Kriegsschauplatz noch keine Entscheidung.

— Aus Gera erhalten wir folgende Siegesnachricht: Wahleresultat der Landtagswahl in Gera. Gosler gen. Brätter (soz.) 207 Stimmen, Ringsfabrikant Schneider (liberal) 44 Stimmen. Ob Gosler oder Brätter ist egal — der Sozialdemokrat ist gewählt.

— Die „Egalité“, das Organ der französischen Sozialdemokratie, ist am 18. November in Paris zum ersten Male ausgegeben worden. Die Herausgeber hatten früher beabsichtigt, das Blatt erst nach Beendigung der Kreise erscheinen zu lassen. Sie hielten es jedoch für praktischer, jetzt nicht länger zu warten. Die Vorwürfe der republikanischen Bourgeoisie, daß der Moment schlecht gewählt sei, wird sie wenig kümmern können; wird Diefen jemals ein Augenblick günstig erscheinen, um Breiche in die ökonomischen Privilegien legen zu lassen? — Die Arbeiterklasse aber hat ein zu klares Bewußtsein von ihren Interessen, als daß sie nicht begriffe, daß es gerade am Vorabend des Kampfes von Wichtigkeit ist, der liberalen Bourgeoisie keinen Zweifel über die Bedingungen zu lassen, unter denen wir entschlossen sind, ihr gegen den gemeinsamen Feind bis aufs Aeupferste beizustehen, und laut zu verkünden, daß es sich für das Proletariat nicht darum handelt, noch einmal für die gewerksmäßigen Politiker die Rußmanien aus dem Feuer zu holen, sondern das Terrain frei zu machen, auf dem allein es würdig und mit Nutzen seine Forderungen geltend machen kann: das der republikanischen Republik.“

(Die „Egalité“ erscheint wöchentlich einmal und beträgt das Abonnement für Deutschland pro Vierteljahr 3 Fr., pro Halbjahr 5 Fr., pro Jahr 10 Fr. excl. Porto. Man abonniert auf das Blatt bei Hr. Eugène Dudin, Administrateur-Gérant, 16, Rue St. Etienne, Reaug und Hr. Jules Guesde, 33, Rue Creuze, Paris-Passy.)

Aus Ungarn.

Budapest, den 16. November.

Die Redaktion des „Vorwärts“ hatte ganz Recht, als sie unter einem „Sternchen“ an dem Reichstagsauswärtiger, welches zufolge des berühmten kaiserlichen Toasites ausbrechen sollte, zweifelte. So lang das allgemeine unbeschränkte Wahlrecht nicht eingeführt wird, ist an eine Aenderung und Besserung der parlamentarischen Zustände nicht zu denken. Die Herren Minister sichern sich durch eine leicht ausführbare Wählercorruption eine unter allen Umständen dienbare Majorität, welche ihnen durch Dick und Dünn folgt. Dies haben wir auch in Ungarn erlebt; die Debatten über eine von der Wiener unabhängige ungarische Nationalbank hat dies sonnenklar bewiesen. Es war eine beispiellose Schändlichkeit, ein Verbrechen wider die Moral, an dem dem Säckel der Nation verübter Raub. Die Details darüber werden Sie wohl aus den österreichischen Blättern kennen, deshalb enthalte ich mich darüber etwas Weiteres zu berichten. Durch diese und die zunächst zu erwartende Debatte über die Zolltariffrage, welche ein Gegenstück zur Baufrage ist, bildet sich hier eine finanzielle Bartolomäusnacht, welche sogar in das Fleisch der Spießbürger einen Schnitt machen wird, an dem diese selbe, jervile Kaffe wohl verbluten könnte. Die Entrüstung ist demnach eine allgemeine. Doch brauchen diese Leute ebenfalls Leithämmel, um dieser Entrüstung Worte einzudictiren. Die Motion zu einer Kontrö-Volkerversammlung wurde von sieben Notabilitäten der Volkspartei gemacht, unter welchen sich auch die Parteigenossen Leo Frankl und Dr. Csillag befanden. Die letzteren zogen sich dann, als die Bewegung größere Dimensionen annahm, in ihrer Eigenschaft als Redner zurück, das

Im Jahre 1872 aber, wo Handel und Wandel dort, wie in Deutschland einen ungeahnten Aufschwung nahm, wurden in Newyork, Boston, Philadelphia u. s. w. 215,522 Körbe = 2,586,284 Flaschen eingeführt. In dem folgenden Jahre vermehrte sich die Einfuhr bedeutend und betrug nach Ausweis von Bonfort's „Wine and Liquor Circular“ im Jahre 1876, dem Jubiläumsjahr der Republik, nur noch 139,313 Körbe oder 1,671,756 Flaschen; 76,209 Körbe weniger als 1872 und 18,357 Körbe weniger 1875. Infolge dessen sind während der letzten 10 Jahre eingeführt 1,540,765 Körbe oder ca. 18 1/2 Millionen Flaschen Champagner. Interessant ist auch die Stärke der Consumen, mit denen die einzelnen Champagnerfirmen jenseits des Oceans erschienen. Während in Deutschland die berühmte Wittwe (Voe. Cliquot, Bonjardin), Roederer, Heidsieck, Roet et Chandon u. s. w. die Tete bilden, führt in den Vereinigten Staaten seit 1874 das überbehelimte Flaschenher der Champagne G. J. Rumm u. Co. in Rheims, ihm zunächst kommen Piper-Heidsieck, L. Roederer, Roet et Chandon erscheint erst in dreizehnter, Voe. Cliquot sogar erst in fünfzehnter Reihe. 1874 erschien nach Bonfort's Circular Rumm mit 36,663 Körben auf dem Plage, Heidsieck mit 35,600, die Wittve nur mit 2725. Im nächsten Jahre zählte Rumm 38,312 Körbe, Heidsieck 27,318, Voe. Cliquot aber nur 1825. 1876 trat Rumm immer noch mit 34,815 Körben oder 417,680 Flaschen auf, während Piper-Heidsieck schon auf 20,202 Körbe zurückgegangen, die Wittve aber wieder auf 2690 Körbe gestiegen war. Im Ganzen wurden 1876 an dreißig verschiedene Sorten Champagner in Amerika eingeführt. — Zunächst wollen wir bemerken, daß, seitdem der russisch-türkische Krieg entbrannt ist, die Champagner-Einfuhr im Czarreich allerdings gesunken ist, daß aber der in Rumänien sich verzeichnende Aufschwung in den kaiserlichen und großrussischen Hauptquartieren wird jeder Kanonenschuß von einem Champagnerköpfeleinall begleitet. Daß in den Gründerjahren mehr Champagner getrunken wurde, weiß man längst, aber daß damals mehr allgemeiner Wohlstand geherrschte, möchte billig zu bezweifeln sein; von einem Wohlstande in Bezug auf die arbeitende Klasse konnte auch damals bei den etwas höheren Löhnen nicht die Rede sein, während der Wohlstand in den mittleren Klassen vom Gründerthum geradezu aufgestanden wurde. Die „Phrasen“ der „National-Zeitung“ ist deshalb geradezu lächerlich — das Eingeständniß aber,

Terrain pro forma dem Spießbürgerthum überlassend, jedoch bilden sie bei dem Hauptcoup — ein auszusprechendes Mißtrauensvotum, welches der ministeriellen Partei am nächsten Sonntag den 18. November gebracht werden soll — ein Hauptcorps, welches den Ausschlag geben wird. Auf diese Männer darf man mit Sicherheit rechnen. Das Traurige bei dieser Sache ist aber das, daß es sich nur darum handelt, das gegenwärtige Ministerium zu stürzen; die servile Reichstagsmajorität, aus welcher ein anderes Ministerium, auch nicht besser als Tisza und Consorten, gebildet wird, bleibt, und dann heißt es: „los mismos perros con otros colares“ (dieselben Hunde mit anderen Halsbändern). Die hiesige Sozialdemokratie, etwa 9—10 Tausend Mann stark, so wie auch jene in der Provinz, weniger zahlreich als zu Budapest, verschwindet noch immer im Meere der bloß Nationalliberalen — nicht zu verwechseln mit jenen Deutschlands, da die ungarischen Nationalliberalen den Kern des Radikalismus bilden.

Uebrigens fängt man sich auch hier in den Abgeordnetenkreisen langsam und langsam mit dem Prinzip des Sozialismus zu befreunden an, so daß ich selber unter drei Abgeordneten zwei gefunden habe, die sich für die Sozialdemokratie erklärt hatten. Wenn Ihr Blatt im Club der Unabhängigkeitspartei gelesen wird, was ganz gewiß geschehen wird, sobald Sie es mir zuschicken, so wie ich auch durch meine Artikel im „Egyetértés“ und „Népszóloja“ (Volkswort) das Meinige beitragen werde und schon beigetragen habe, der Sozialdemokratie Jünger zu werden, dann zweifle ich nicht, daß es rascher gehen wird, als bis jetzt, zumal wenn sich diesem Prinzip populäre Namen gewinnen lassen. Die Verbreitung unserer Lehren muß in zweifacher Weise in Angriff genommen werden, in jener Weise, wie es in Deutschland geschieht, durch Arbeitervereine, deren es hier bereits einige giebt. Leo Frankl und Dr. Csiklag haben hier schon wahrhaft Wunder gewirkt und das an Zahl ziemlich starke Proletariat aus der Verhargie geweckt. Zweitens durch die Ausdehnung der Vereine in der Provinz, auf die in Ungarn zahlreichste Klasse, die Landbewohner, ehemals Bauern. Dies wird jetzt in Angriff genommen, der ungarische — nicht bloß magyarische — Bauer ist zwar nicht ganz Proletarier, sondern ein Zwittergeschöpf zwischen Besitzer und Arbeiter. Ebenso werden sich die sozialistischen Lehren auch unter dem ungarischen Militär leicht verbreiten lassen.

In einem am 12. ds. Mts. unter dem Vorsitz des Königs abgehaltenen Kriegsrath, an welchem der Erzherzog Albrecht, der österreichische Kriegsminister Upland, der Generalstabschef Freiherr v. Schönfeld und der gemeinschaftliche Minister des Äußeren Graf Andrassy, Theil genommen, wurde die Mobilisirung dreier Armee-corps, nach Siebenbürgen, nach Slavonien und nach Dalmatien, decretirt und ist bereits auch ein Regiment Infanterie von hier nach Bara in Dalmatien am 13. abgerückt. Wahrscheinlich ist dies eine Demonstration gegen den Szecler-Bußch, ein zu Gunsten Rußlands unternommener Raubzug gegen den türkischen Bösen, um Bosnien zu erhalten, als Schadloshaltung für die verlorenen italienischen Länder. D. R.

Nachschrift. Die Plakate, welche am 18. ds. eine große Volksversammlung ankündigen, wurden über Nacht von den Werkzeugen der Reaktion abgerissen. Jetzt klebt man sie höher an. Die Gährung ist im Zunehmen.

Am Abend des 16. ds. Mts. ist eingeschrieben folgendes Schreiben an Herrn Dr. Dühring abgegangen:

Herrn Dr. Dühring.
In einer der verschiedensten Zeitungen zugesandten „Erklärung“ behaupteten Sie: „es hätten zur Halbwelt der Sozialdemokratie gehörende Personen die Gelegenheit Ihrer Vertreibung von der hiesigen Universität benutzt, sich wichtig zu machen, oder aber zum Theil davon zu profitieren.“ Dieser gewundene, völlig unbestimmte Vorwurf ist also gegen diejenigen Elemente gerichtet, die getrennt von der Sozialdemokratie für Sie eingetreten sind, kann daher auch auf uns bezogen werden und hat diese Deutung im Publikum, speziell in der Studentenschaft, auch thatsächlich erfahren. Wir sehen uns demnach veranlaßt, Sie hiermit um eine unabweisende Erklärung zu bitten, ob Sie mit jenen Vorwurf das unterzeichnete seiner Zeit für Sie thätig gewesene Comité beziehungsweise welche Mitglieder desselben haben treffen wollen. Wir erwarten eine umgehende Antwort zu Händen des mitunterzeichneten Herrn Adam.
Berlin, den 16. November 1877.

(Folgen zehn Unterschriften der Mitglieder des behufs Leitung einer Agitation zu Gunsten Dühring's im Sommer d. J. thätig gewesenen Comité.)

daß sich ein reicher Verschwender und Schlemmer keinerlei Geistesübungen zu machen brauche, ist sehr bezeichnend für den Standpunkt der Redaktion der „National-Zeitung“.

Zwei Sonette.

Sozialismus.

Gemeinschaft wollen wir erstreben,
Die noch im allgemeinen Kampfe ringen,
Fast alle Kräfte schändlich oft verdungen,
Für großen Lohn erhalten kaum das Leben.

Gesunde Bildung soll uns einst erheben,
Dah' wir hinauf zur Menschewürde dringen;
Die volle Macht gesetzlich bald erzwingen,
In manche schöne Schöpfung reich verweben.

Gesunde Bildung schmiedet uns die Waffen,
Womit wir überall den Sieg erstreiten,
Und nach dem heißen Kampfe nicht erschaffen,
Für Alle reiches Lebensglück bereiten.

Wahlfrüchte.

(10. Januar 1877.)

Die jüngsten Wahlen scheinen mir ein Zeichen,
Daß nun die Gläuberaubten auch erwachen;
Worüber nur verkochte Thoren lachen,
Doch aufgeschreckte Feinde schon erblicken.

Die blinde Wuth entflammt schon manchen Reichen,
Der Durs nach Rache wider alle Schwachen;
Die nun vermeintlich bald, wie junge Drachen,
Das Glück und Leben überall umschleichen.

Die Todesangst erdröhnt in wilden Klagen,
Dah' bald Gesellschaftsretter auch erscheinen,
Die Strafen wider Volksverführer wagen.

Gesunde Bildung muß das Volk vereinen,
Daß alle Volkverderber bald verzagen,
Den Nachverlust vergebens einst beweinen.

Düffeldorf.

Gustav Adolf Röttgen.

Da bis jetzt keine Antwort eingegangen ist, fordere ich hiermit Herrn Dr. Dühring öffentlich auf, die allseitig erforderliche Aufklärung durch namentliche Bezeichnung der von ihm gemeinten Personen zu geben.

Die verehrlichen Redaktionen derjenigen Blätter, welche die „Erklärung“ des Herrn Dr. Dühring aufgenommen haben, ersuche ich höflich, dieser Aufforderung ihre Spalten zu öffnen.
Berlin SO., den 19. November 1877.

Fr. Adam, Dresdenstraße 32 IV.

Correspondenzen.

Aus dem Haag, 16. November. Haben Sie die „Jubilee Singers“ schon gesehen und gehört? fragte mich im vorigen Winter ein hier anwesender Amerikaner, mit dem ich längere Zeit in Newyork befreundet war. Hier noch nicht, lautete die Antwort, doch ich habe die Gesellschaft oft genug auf Euren Eisenbahnen und Straßen-Cars zu erdulden gehabt. Danke schön! Nun, nun, so schlimm ist es nicht; die Leute, die Unternehmener, sind klug. Schlau, wie Alles, was den Namen Fisk trägt. Sie wählen den Winter, wo man weniger ausdünstet. Die amerikanischen Broadway-Omnibusse haben sich das Recht reservirt, keine Regier transportieren zu müssen. Und hier reißt sich die Hantelvolke um die Ehre, ihnen die Hand zu drücken! Eure freien Sclavenhalter auf Java, ich meine die, welche hier wohnen und den Kaffee und Zucker verkaufen, den die armen Teufel pflanzen, ernten und für den europäischen Markt im Herrendienst bereiten müssen, haben ein Comité gebildet, dadurch erhält der Schwindel Klang und Ansehen. Was doch die christliche Liebe nicht alles vermag. Ein Jammer nur, daß man so viel eigene christliche Brüder im Elend umkommen und in Unwissenheit versumpfen läßt! So'n „Yankee doodle!“ Sänge das Volk noch in einer Viertelmeile, wo es ohnedies frinst, könnte man sich die Sache wohl gefallen lassen — doch: de gustibus non est disputandum sagt der Lateiner. Fisk und Christenthum, Fisk und Regierbekehrung, ha, ha, ha! Is your business a humbug? das war stets seine erste Frage. No, Sir. No humbug, then I have not any use of it, lautete die Antwort, No humbug, no use of it! Fisk. — Die hiesigen Rattadore, die dem armen Javanesen das Blut ausaugen, ihn unter das Thier herabwürdigend und sich von seinem Schweiß mästen, zogen mit diesen Regern in den Kirchen herum und gaben Concerte; in seinen Restaurants wurden ihnen Dejeuners bereitet. Die Frauen und Töchter jener „Herren“ striden Strümpfe für Regierkinder. Was die christliche Liebe nicht vermag? Zuerst wurden nur die vornehmsten Städte und Kirchen mit den Regier-Concerten gegen hohes Entrée abgedroschen, dann suchten sie die kleineren Dörfern heim gegen geringeres Entrée und ohne die Protection des Comité des propriétaires des esclaves Javanais. Es gefiel den „Jubilee Singers“ so wohl in Holland, daß es schien, als wollten sie das Land nimmer wieder verlassen und es würde den Regier beherrschenden Herren bange — ich weiß es aus deren eigenem Munde — nicht zu sehr vor der allzu langen christlichen Singerei, als vielmehr und hauptsächlich, weil sie bei der bekannten Lieberlichkeit der Regier — in einen ganz anderen als Regierdustenden christlich-Fisk-Schwindel-Humbug — Gernach der gottseligen Frömmigkeit kommen konnten. — Glücklich für Holland — und für jene Herren sind sie abgereist. Werden sie wiederkommen? Ohne allen Zweifel! Beinahe hätte ich vergessen zu sagen, daß das Amstel-Hotel in Amsterdam „anständig“ oder rüchlos genug war, der Gesellschaft Logis zu verweigern, Er wolle den Gesand nicht im Hause haben, soll der Manager gesagt haben — und sähe auch nicht ein, weshalb diese Leute nicht in ein Hotel zweiten oder noch besser dritten Ranges gingen. Aber Humbug, Fisk, Regierbekehrung muß ersten Ranges logiren!

Jetzt ist die Gesellschaft in Deutschland und ich lese über den glänzenden Empfang, der ihnen dort zu Theil wurde. Nun ja, warum sollte Deutschland nicht auch in der Regierbekehrung „machen“; „machen“ es doch in so vielen andern christlichen und unchristlichen Dingen. Warum sollte es sich nicht behüben lassen durch Raffville-Fisk-Regier. Is your thing a humbug? No, Sir, then I have not any use of it, Fisk. Ich bin fest überzeugt, daß von dem ganzen zusammengebettelten und zusammengehugelten Gelde kein Pfennig für die Regierbekehrung verwendet wird. Und wer Amerika und den dortigen Schwindel kennt, wird mir darin Recht geben. Und das ist denn auch wahrlich kein Unglück, das Nichtbekehren nämlich. Dem denkenden und sühnenden Manne blutet in dessen das Herz beim Anschauen solch eines frechen Schwindels, wenn er an das Elend der tausende und aber tausende der eigenen Landeskin-

Der Zweck heiligt das Mittel. Die Radepresse veröffentlicht jetzt ein angelegliches „Kriegsgebet“, das der türkische Scheik ul Islam (oberster muslimänischer Kirchenbeamte) angeordnet habe, und das von fanatischen Heerzügen gegen die Christen handelt. Unglücklicherweise ist dieses Kriegsgebet schon vor vielen Jahren gedruckt, und sofort auch als Fälschung erwiesen worden, während es umgekehrt steht, daß der neue Scheik ul Islam im Sommer d. J. ein Gebet veröffentlichte, welches die Muhammedaner ermahnt, in den Christen ihre Brüder zu erblicken. Den Russen, deren famose, die reinste Bestialität ausstrahlende Kriegskrieg leider von unbestreitbarer Richtigkeit ist, paßt es natürlich nicht, daß sie, die Apostel der „Humanität“, von den „barbarischen“ Türken in dieser Weise beschämt werden, und suchen ihnen deshalb die eigene — „Civilisation“ anzulegen.

Ein neuer Westewelt. Am 17. November ist in Berlin ein 23 Jahre alter Poie, Namens Rajewski, der im Hotel du Nord absteigen wollte, verhaftet worden. Derselbe sollte verdächtig sein, ein Attentat auf den Kaiser beabsichtigt zu haben; ein Revolver sei bei ihm vorgefunden. Nach den neueren Nachrichten ist Rajewski ein großer Schwindler und der Attentatsplan eitel Fünkerel.

Etwas verspätet. Wir erhielten vor einigen Tagen einen Zeitungsausschnitt zugesandt, den wir als das Rückblatt der in Thüringen viel geliesenen in Hildburghausen erscheinenden „Dorzeitung“ erkannten. folgende Annonce war angestrichen und wir versehen nicht, zunächst dem Einsender zu Gesallen, dann aber auch um unsere Leser auf den Lehrer und den Kriegerverein zu Reichmannsdorf aufmerksam zu machen, das Inserat hiermit wirklich zum Abdruck zu bringen:

„Dank dem Herrn Lehrer Haas hier, welcher uns gestern bei unserer Sebnast die ausgezeichnete mit allen Kräften bearbeitete Rede gethan hat. Rüge dieser edle Herr in seinem Geiste der Erfahrung und Wissenschaft dem Volke noch recht viel Mal derartige Freunde bereiten.“

Dieser Tag bleibt ewig ein Tag der Erinnerung.

Reichmannsdorf, den 3. September 1877.

Der Vorstand des Kriegervereins.

Wenn der Herr Lehrer in „seinem Geiste der Wissenschaft“ die Rede in ähnlicher Weise „bearbeitet“ hat, als der löbliche Vorstand des Kriegervereins die deutsche Sprache, dann bebauern wir nicht nur die Wissenschaft, sondern auch „seinen Geist“.

denkt, die körperlich und geistig im Glende verkommen. Der Winter steht vor der Thür, der Bedienst des Arbeiters ist schon jetzt karg, wird wo möglich ganz stoken, da heißt es denn den langen Winter frieren, trockenes Brod und dies noch zu wenig, Kartoffeln mit Salz essen, darben, entbehren, Hunger leiden. Hurrah, christliche Nächstenliebe! Hurrah, Fisk-Humbug, christliche Regierbekehrungs-Singerei!
Dolpfin.

Jork, 15. November. Am 10. d. M. verhandelte der Appell-Kriminal-Senat zu Raumburg a. S. in der Untersuchungslage wider mich wegen „Beleidigung“ des Landrath Febr. v. Mülling zu Erfurt. Die Verhandlung endigte mit Befestigung der ersten Sentenz (3 Monat Gefängnis). Ueber den Ursprung der Anklage und des richterlichen Verfahrens mag folgendes von allgemeinem Interesse sein. Am 10. Dezember v. J. sollte auf Veranlassung des Arbeiter-Bathcomités zu Erfurt in Dittelstedt eine Versammlung stattfinden, mit deren Arrangements Genosse Osmann in Erfurt betraut wurde. Zwei Tage vor der Versammlung berief der Landrath den Wirth Sähenguth in D. nach seinem Bureau. S. erklärte darauf durch eine Annonce im „E. Anz.“ (NB. am Tage der Unterredung mit dem Landrath), daß die projectirte Versammlung in seinem Lokale nicht stattfinden könnte. Auf Befragen Osmann's erklärte S., der Landrath habe ihm die Versammlung bei Strafe verboten. Infolge dieser Kenntnissnahme besprach ich dies in einer Wählerversammlung am 10. Januar, worauf kurz nach der That Untersuchung gegen Osmann und mich wegen „übler Nachrede“ eingeleitet wurde. Im Audienstermin (16. Juni) schwebt der Landrath, dem Sähenguth die Versammlung nicht verboten zu haben, auch hätte er nicht mit Strafe gedroht. (Bei der Unterredung zwischen dem Landrath und S. soll kein Dritter zugegen gewesen sein.) Sähenguth beschwört zu meinem Erstaunen, den incriminirten Ausspruch gegen Osmann nicht gethan zu haben. Von den von mir geladenen Zeugen, Genosse Kühn, Bauchspies und Eggert war letzterer erschienen, welcher eidlich bekundete, Sähenguth habe ihm dasselbe wie dem Genossen Osmann über den Landrath gesagt. Der Staatsanwalt Jesse erklärte: die Möglichkeit sei durchaus nicht ausgeschlossen, daß Sähenguth das in Rede stehende dem Osmann gesagt habe. Der Gerichtshof lehnte meinen Antrag, die Zeugen Kühn und Bauchspies zu vernehmen, ab. Osmann wurde zu einer Woche, ich zu drei Monaten Gefängnis verurtheilt. In meiner Appellationsrechtfertigung verlangte ich Beweisaufnahme eventuell Strafermäßigung. Der Ober-Staatsanwalt plaidirte gegen meine Anträge, auch sei das Strafmaß nicht zu hoch, indem der Richter ja nach § 186 des R.-Str.-G.-B. auf zwei Jahre erkennen könnte (!); der Criminal-Senat schloß sich diesen Anschauungen an und erkannte wie oben angedeutet. — Soviel über die Gerichtsverhandlungen brüder Instanzen, womit ich aber noch nicht meinen Bericht schließe, ohne auf folgendes aufmerksam zu machen. 1) Landrath v. Mülling war Candidat der conservativen Partei. 2) Was veranlaßte den Landrath, Sähenguth über die betreffende Versammlung zur Rede zu stellen? Man könnte erwidern: den S., mit den Bestimmungen der §§ 1 und 12 des Pr. Vereins- und Versammlungs-Gesetzes bekannt zu machen, aber wenn die Behörden alle „Untertanen“ sorgsam vor Uebertretungen schützen wollten, und zwar durch derlei Maßnahmen, so wäre ihre Arbeit eine kaum zu bewältigende. 3) Wie kam es, daß Sähenguth direkt nach der Unterredung von seinem gegebenen Versprechen, uns seinen Saal zur Versammlung zu geben, zurücktrat? Es war ihm bekannt, daß die Versammlung angemeldet war. 4) Staatsanwalt Jesse und Landrath v. Mülling waren im Audienstermine zugegen, als Eggert eidlich bekundete, Sähenguth habe ihm in Gegenwart Kühn's und Bauchspies' gesagt, der Landrath habe die Versammlung bei Strafe verboten. Weshalb sucht der Landrath nicht die Bestrafung des Sähenguth zu erwirken? Eine Verjährung war in diesem Falle nicht eingetreten, vielmehr trat hier § 69 des R.-Str.-G.-B. in sein Recht. S. hatte sich, wenn der Landrath das ihm zur Last gelegte nicht gesagt, der „öffentlichen üblen Nachrede“ schuldig gemacht, denn nach einem Erkenntnis des Pr. Ober-Tribunal ist eine Schankstube als öffentlicher Ort im Sinne des Gesetzes anzusehen. S. wird weder vom Landrath, noch von der künigl. Regierung zu Erfurt — denn auch dieser steht das Recht zu — bestraft. Weshalb nicht? Dies Räthsel wird wohl ewig ungelöst bleiben. 5) Es steht mit unserem mündlichen Verfahren im Widerspruch, Entlastungsmotive unerwägt zu lassen. Alle vom Angeklagten aufgestellten Zeugen sind, sofern sie Sachdienliches bekräftigen können, zu vernehmen. 6) Vorherbestrafungen wegen politischer Vergehen sollen ein Strafverschärfungsgrund nicht sein, weil unedle Eigenschaften die Triebfeder zur That nicht waren; ebensowohl soll, wo so viele Gründe die Annahme rechtfertigen, daß der Angeklagte im guten Glauben gehandelt hat, der erkennende Richter bei Abmessung der Strafe nicht über das Minimum hinausgehen. — Doch wozu weitere Erwägungen. Klute.

Magdeburg. (Ein Denkwürdiger für Herrn von Sybel.) Eine am 15. November vom hiesigen Bürgerverein berufene und von über 600 Personen besuchte Versammlung hat folgende Resolution angenommen:

„In Erwägung, daß der Eindruck eines moralischen Zusammenhangs zwischen der Affaire Koniger, dem Deutschen Verein am Rhein und dessen Ehrenpräsidenten, Abgeordneten der Stadt Magdeburg Herrn Dr. v. Sybel, weder durch die Erklärungen des genannten Vereins, noch durch die des Herrn von Sybel aufgehoben ist;

in Erwägung, daß dies auch nicht durch die lehrlich in der „Magdeburger Zeitung“ gegebene, ebenso gewundene, wie des Verhältnisses zwischen dem Herrn v. Sybel und den Wählern der Stadt Magdeburg unwürdige Antwort des genannten Herrn bewirkt ist,

erklärt die heute tagende Versammlung von Magdeburger Wählern, daß es eine Ehre für die Stadt Magdeburg nicht ist, eines ihrer Mandate zum Abgeordnetenhaus in den Händen des Herrn v. Sybel zu wissen.“

Essen, 18. November. Wie im „Vorwärts“ bereits mitgetheilt worden ist, hat Genosse Bollinger am 13. d. M. eine Gefängnisstrafe von 6 Monaten angetreten, und zwar wegen einer durch eine Rede begangenen Gotteslästerung. Es war am 3. Mai 1876, daß wir hier eine Volksversammlung abhielten, in welcher Genosse Wiemer als Referent auftrat. Nach Wiemer ergriff Bollinger das Wort, um sich über das Thema: „Religion und Gott“ zu äußern. Bollinger bestritt die Existenz Gottes und soll bei dieser Gelegenheit sich eines Gott lästernden Ausdrucks bedient haben, so wenigstens behaupteten die beiden in der Versammlung anwesend gewesenen Gewissbarmen, ja ein Feldjäger will sich den Ausdruck sogar sofort in sein Notizbuch eingetragen haben, als er aber das Notizbuch dem Gericht vorlegen sollte, hatte er es leider verloren. Bollinger hatte fünf Entlastungszeugen gestellt. Vier von den von der Anklage citirten Belastungszeugen sagten aus, daß sie die von den Denunzianten angegebenen Worte nicht gehört hätten. Aber trotz dieser Aussagen und trotz der „verlorenen Notizen“ sprachen die Gerichte in allen Instanzen das Schuldig aus.

Gera, den 14. Nov. Das Vorkomitee der hiesigen Fortschrittspartei veröffentlicht die Erklärung, daß es beschlossen hat, bei der Wahl im 2. Wahlkreis keinen Kandidaten aufzustellen. Für dasselbe war, wie es wörtlich heißt, vor Allem folgendes Motiv maßgebend: „Die Fortschrittspartei ist, wie ihre Abgeordneten der Meinung, daß bei der Wahl am 16. Oktober die Wähler über die Person des zu Wählenden nicht im Zweifel waren. Nach § 19 des Gesetzes sind nur solche Stimmzettel nicht gültig, aus welchen die Person des zu Wählenden nicht unzweifelhaft zu erkennen ist. Daß aber Alle, welche den Redakteur und Schlußmacher Herrn Karl Bräter wählten, sich über die Person klar waren, darüber kann wohl in Gera keine Meinungsverschiedenheit sein. So haben denn auch alle Geraer Abgeordnete die Wahl für gültig erklärt. Wir bestreiten nicht, daß der Beschluß der Landtagsmajorität vom rein formellen Standpunkte aus seine Berechtigung hat. Aber andererseits ist auch nicht zu verkennen, daß der Wille der Wählerschaft, der sich am 16. Oktober kundgegeben hat, von Seiten einer freisinnigen Partei geachtet werden muß und daß es einer Partei, die sich als Trägerin des deutschen Freiheitsgedankens betrachtet, nicht wohl anstehen würde, einen formalen Grund gegenüber einer so unzweifelhaften Willensäußerung einer Wählerschaft zu benutzen. Die Fortschrittspartei ist sich der vollen Gegenständigkeit gegenüber der Sozialdemokratie bewußt. Sie wird dieselbe nach wie vor in ihren unberechtigten Forderungen bekämpfen. Aber sie findet es mit den von ihr vertretenen Grundrissen nicht vereinbar, unter den vorliegenden Umständen einen Kandidaten selbstständig oder im Verein mit anderen Parteien aufzustellen. Das ist in erster Linie das Motiv für den Beschluß der Fortschrittspartei, der gewiß bei allen unbefangenen und gerecht Urtheilenden Billigung finden wird, und schon dieses Motiv allein ist hinreichend, ihn zu rechtfertigen.“ — Das ist ehrenhaft.

Glauchau, 19. November. Am vergangenen Sonnabend tagte hier im Theaterlokal eine Volksversammlung, in welcher unser Reichstagsabgeordneter Brade über die erste Session des Reichstags Bericht erstattete. Sehr erfreuliches hatte der Redner nicht zu melden, da die famose Geschäftsordnung und der noch famosere Valentin dafür sorgten, daß die Sozialdemokraten nur in Ausnahmefällen zum Reden zugelassen wurden. Ein solcher Ausnahmefall trete immer dann ein, wenn die sozialistischen Abgeordneten entweder mit selbstständigen Anträgen vorgingen oder eigene Gesetzesentwürfe einbrachten. Das Arbeiterschutzgesetz sei ein solcher Entwurf. Redner verweilte in seinen Ausführungen längere Zeit bei dem Arbeiterschutzgesetz und konstatierte, daß selbst gegnerische Abgeordnete, ja sogar ein Minister, den Gesetzesentwurf für diskutabel erklärt hätten. Nachdem Herr Brade unter allgemeinem Beifall geendet und weder Gegner sich melden, noch sonst ein Anwesender das Wort begehrte, wurde durch den Vorsitzenden noch nachstehende Resolution zur Abstimmung gebracht und einstimmig angenommen:

„Die Versammlung erklärt ihr vollkommenes Einverständnis mit dem Vorgehen der sozialistischen Abgeordneten, insbesondere ihres Vertreters, Herrn W. Brade, in der verflochtenen ersten Session des Reichstags, ganz besonders auch mit dessen Ausführungen über die ökonomischen Verhältnisse der Gegenwart und verspricht auch fernerhin ihren Vertretern treu zur Seite zu stehen.“

Chemnitz, 16. November. Ueber die Lage der hiesigen Arbeiter läßt sich unter hiesiger Parteiorgan, die „Chemnitzer Freie Presse“, in folgender, der Wirklichkeit ganz entsprechender Weise aus: „Von der Größe des Notstandes in Chemnitz hat Niemand eine Ahnung, der nicht selbst Gelegenheit hat, einen Blick in das Elend der Proletariatsfamilien zu werfen. Bereits ist der zuerst in England aufgetretene Zustand, daß die Frau in der Fabrik arbeitet, und der arbeitslose Mann zu Hause die Wirthschaft versorgt, auch hier schon vielfach eingetreten, denn die Fabrikanten suchen vor Allem billige Arbeitskräfte, und da trotz der allgemeinen Herabdrückung der Löhne die Frauenarbeit noch billiger ist, als die männliche Arbeitskraft, so finden viele Frauen leichter Beschäftigung als ihre Männer und werden die Erhalter der Familie; in wie ungenügender Weise diese Erhaltung nur durchgeführt werden kann, das freilich begreift man wohl, wenn man bedenkt, daß eine Frau bei Fabrikarbeit kaum sechs Mark wöchentlich selbst in günstigen Fällen zu verdienen vermag. Nun kommt es aber in neuester Zeit vor, daß die Fabrikanten auch beim Angebot der weiblichen Arbeitskräfte wählerisch sind und mit Vorliebe junge Mädchen engagieren, verheiratete Frauen aber zurückweisen. Dies geschieht, wie uns mitgeteilt wird, namentlich in Cartonagenfabriken, und es ist uns ein Fall bekannt, wonach in einer solchen Fabrik 5-6 Arbeiterinnen gesucht wurden, und eine Frau, als sie die Frage, ob sie verheiratet sei, mit Ja beantwortete, ausdrücklich deswegen nicht angenommen wurde. Diese Frau hatte bisher fast allein den Unterhalt ihrer Familie nothdürftig bestritten, da ihr Mann seit längerer Zeit arbeitslos ist, und die Kinder hatte sie den Tag über in einer hiesigen Kinderbewahranstalt untergebracht, wo ihnen für wenige Groschen eine freilich auch sehr dürftige Kost verabreicht wurde. Jetzt kann sie auch diese Groschen nicht mehr bezahlen, die Kinder müssen deshalb aus der Anstalt wegbleiben, und die ganze Familie fällt dem Schicksal anheim, gemeinschaftlich zu hungern. Wir meinen das Wort hungern hier nicht in dem weiteren Sinne, wonach es ungenügende Ernährung bedeutet, denn in diesem Sinne hungert das gesammte Proletariat in Chemnitz, sondern wir meinen es im buchstäblichen Sinne. — Dies ist ein Fall, welcher keineswegs vereinzelt dasteht in unserer Stadt der Industrie, deren „bessere“ Gesellschaft fortfährt, zu jubeln, wenn die Bertheiliger der Armen, die sozialdemokratischen Führer“, eingesperrt werden, und die der Welt vorlägt, der Nothstand sei nur eine sozialdemokratische Erfindung.“

Pausa i. Voigtl. Die Lage der hiesigen Arbeiter — zum größten Theil Handwerker — ist eine geradezu verzweifelte. Viel Arbeit giebt es nicht und dazu ist der Lohn ein so geringer (Wkt. 3,50 bis 4,00 die Woche), daß es einem Familienvater absolut unmöglich ist zu existieren, selbst wenn Weib und Kind zur Arbeit herangezogen werden. Freilich giebt es noch immer Leute, welche da meinen, der Handwerker könne immer noch auskommen, er müsse es nur verstehen, sich einzurichten — als ob sie das nicht verständen. Ich glaube, wenn Kartoffeln und Hering die Hauptnahrungszweige bilden, wenn sogar Brod ein rarer Artikel ist, dann ist das Menschenmögliche in der Einrichtung geleistet. Dabei soll der Arbeiter seine Steuern immer noch pünktlich entrichten, was freilich zu den Unmöglichkeiten gehört. Es ist daher auch gar nicht zu verwundern, wenn in unserer Stadt, die 4000 Einwohner zählt, 400 Steuerrenten verfallen sind, die mit den Steuern 1, 2, 3 und 4 Jahre im Rückstande sind. Der Steuerregulator hat denn auch vollauf zu thun. So war ich erst in letzterer Zeit Zeuge, wie einem Weber (Familienvater) der Weibstul gepöndelt wurde. Alles Zammern von Frau und Kindern half nichts — dem „Recht“ muß ja Genüge geschehen, selbst wenn eine Familienexistenz dabei ruiniert wird.

Philadelphia, 1. November. (Die Herbstwahlen in Pennsylvania und Ohio.) Die Arbeiterpartei im Staate Pennsylvania steht mit ansehnlichem Vertrauen der am 6. November stattfindenden Wahl (siehe Notiz in der „Sozialpolitischen Uebersicht“ Nr. 137) entgegen. Es handelt sich um die Erwählung neuer Staats-, Gerichts- und County-Beamten, welche die alten an der öffentlichen Krippe ablösen wollen, weshalb es denn auch gerade nicht zu verwundern, wenn überall sog. „Arbeiterfreunde“, aller Schattirungen an die Öffentlichkeit treten — von denen man nie vorher gehört —, natürlich mit dem aufrichtigsten Wunsche, nur dem Arbeiterinteresse zu dienen. — Und weshalb auch nicht. Hat es denn bisher noch an der nötigen Unterstützung gemangelt, sich den Arbeitern aufzudrängen, trotz des gerechten Mißtrauens, das auf Seiten der „denkenden Arbeiter“ obwaltet, an denen die traurigen Erfahrungen eben nicht spurlos vorübergegangen sind.

Der Arbeiterzustand des letzten Sommers hat eine thatsächliche Umwälzung innerhalb der Arbeiterklasse hervorgerufen. Nicht aus Muthwillen wurden solche große Strikes in Scene gesetzt, die furchtbaren Wirkungen einer planlosen Produktionsweise und die daraus unmittelbar entspringenden Folgen für das arbeitende Volk hatten zu sehr ihr Erscheinen geltend gemacht, als daß ganz darüber hinweggegangen werden könnte. Da man aber die Hauptforderung der Unzufriedenen — also eine Forderung, die den Zustand allgemein machte — nämlich den Beschäftigungslosen Arbeit zu geben, nicht weil man keine „künstliche Prosperität“ zu schaffen vermochte, und nicht wollte, weil das individuelle Kapital dadurch Nachtheil erleiden würde, — so war eine Opposition gegen die beiden herrschenden Parteien sozusagen „gelegentliche Erholung“, und zwar einfach deshalb, weil die in Rede stehende Opposition keine gefährliche Opposition ist und nur die bequemste Vermittlerin zwischen Harmoniebestrebungen abgiebt.

Eine solche „Oppositionspartei“ ist im Staate Pennsylvania die „United Labor Party“, eine Partei, die aus verschiedenen Arbeiterverbindungen besteht, eine sehr mangelhafte Organisation hat und vermuthlich bald nach der Wahl zu Grabe geleitet wird. Die einzige Möglichkeit, dieselbe noch zeitweilig am Leben zu erhalten, wäre allenfalls denkbar durch ihre Verbindung mit der Greenbackpartei — mit der sie auch ursprünglich verwandt ist —, die sie wieder erneuert hat, obgleich auf der Harrisburgh Convention eine Art „unabhängiges Tidet“ aufgestellt wurde, in der Absicht, Arbeiterstimmen zu fangen, genau wie die beiden anderen Parteien, von denen sie sich auch wenig oder gar nicht unterscheidet. Der Umstand, daß etliche Punkte des sozialdemokratischen Programms in Harrisburgh angenommen wurden, verschaffte dieser Partei auch die Hilfe der Philadelphiaer Mitglieder der „Arbeiterpartei der Vereinigten Staaten“, wobei Letztere für die Verbreitung ihrer Ideen Propaganda zu machen hofften. War es schon höchst bedenklich, der „United Labor Party“ von Seiten der „Arbeiterpartei der Vereinigten Staaten“ ein indirektes Zugeständnis zu machen, um die Candidaten der ersten Partei zu unterstützen, welche sämmtlich, mit vielleicht einer Ausnahme, keine blasse Ahnung vom Sozialismus haben, einer der Candidaten sogar ein erklärter Republikaner ist, und wie er selbst offen eingesteht, daß er im Falle seiner Erwählung seiner Partei — also der republikanischen — treu bleiben würde, — so war es andererseits auch inconsequent, indem man den Compromißversuchen nicht widerstand in einem Falle, wo der prinzipielle Standpunkt unbedingt hätte eingenommen werden müssen. Immerhin kam die Partei noch zu der Einsicht (freilich etwas spät), daß ein Zusammengehen mit der „United Labor Party“ unter den bewandten Umständen eine Unmöglichkeit ist und sahte den Beschluß kurz vor der Wahl, nicht an der jetzigen Wahl theilzunehmen, da die „United Labor Party“, statt für die reine Arbeiterschaft einzutreten, ihre Neulichkeit mit den bescheidenen reaktionären Parteien immer mehr dokumentirt.

Wenngleich dieser so gefakte Beschluß nicht die beabsichtigte Wirkung auf das Resultat der Wahl ausüben wird, so wird doch hierdurch Klarheit in der Situation geschaffen. Und das ist von Wichtigkeit. So gewiß bis dato das Ergebnis der Wahl noch zweifelhaft ist, so genau kann man behaupten, daß die „United Labor Party“ eine Niederlage erleidet. Ihre ganze Agitation ist nur Effekthascherei und absolute Verstandlosigkeit für die Sache. Ihre Candidaten bieten gar keine Gewähr, daß sie der Arbeiterfrage dienen werden, und gehören zu jener Kategorie, die beim Herannahen der Wahlen plötzlich zu erscheinen pflegt. Solche Leute unterstützen, darf und kann die Sozialdemokratie nicht. Lieber gar nicht wählen, als Leute, welche auch nicht die mindeste Garantie leisten, dem Verlangen der Wähler nachzukommen, ja die bei ihren eigenen Anhängern statt im Geruch der Selbstsucht stehen.

Das Resultat der Wahl in Ohio wird den Lesern des „Vorwärts“ bekannt sein, ebenso der thätige Antheil, den die Sozialdemokratie an demselben nahm. Ueber 12,000 Stimmen fielen auf ihre Candidaten, nachdem sie zum ersten Mal aktiv in die Wahl eingegriffen, jedenfalls ein bedeutender Erfolg, der doppelt hoch anzuschlagen ist, da der Wahlkampf rein prinzipiell geführt wurde, und nur der Mangel an Agitationskräften außerhalb von Cincinnati, Toledo und Cleveland denselben nicht größer sein ließ.

In Baltimore (Maryland) hatten die Arbeiter auch ein eigenes Tidet aufgestellt. Da die Republikaner kein besonderes Tidet aufstellten, so kandidirte nur der Demokrat gegen die Arbeiter. Der Demokrat Kane siegte, trotzdem brachte es der Arbeiterkandidat Thompson auf 17,000 Stimmen. Letzterer, Puffschmidt, ein persönlich ehrenhafter Mann, hatte die Schwäche zu erklären, er huldige nicht den sozialistisch-communistischen Tendenzen, obgleich, nach gethanen Aeußerungen, er dieselben kaum kennen dürfte. Für uns Sozialisten hat natürlich der soeben beendete Wahlkampf in Ohio am meisten Bedeutung, weil doch ein vollständig „sozialistisches Tidet“ im Felde stand, den Wählern aber auch das Juräberuungsbrecht garantiert war. — Dennoch kann es nicht oft genug wiederholt werden: soll die sozialistische Bewegung auch hier eine Zukunft haben, so muß sie sich streng an das Programm halten. Nur die Arbeiterklasse als solche kann für einen Erfolg bürgen. Die prinzipielle Agitation geht mit der Aufklärung die gleichen Wege, ohne diese nimmermehr!“

Frankfurt a. M., 18. November. (Gewerkschaftliches.) Am 15. d. M. fand hier selbst eine Zusammenkunft der Lokalbeamten sämmtlicher Gewerkschaften statt, um über die Centralisationsfrage zu diskutieren. Von der Nothwendigkeit eines Central-Gewerkschaftsorgans war man allgemein überzeugt. Jedoch fanden die von Herrn Kapell gemachten Vorschläge in Betreff der abzuhaltenden Konferenz nicht die genügende Unterstützung. Ueber die übrigen Punkte war die Meinung vorherrschend, daß dieselben bis zur Regelung des Herbergsdewesens, was ja auch schon angebahnt sei, zu vertagen seien. Schließlich wurde folgender Antrag einstimmig angenommen: „Die frankfurter Lokalbeamten sind mit der Schaffung eines Central-Gewerkschaftsorgans vollständig einverstanden. Entgegen den von Herrn Kapell gemachten Vorschlägen schlagen dieselben folgendes Verfahren vor: Von der Abhaltung einer

Konferenz ist abzusehen, hingegen ist die Frage in der Arbeiterpresse sowie in den Gewerkschaftsversammlungen genügend zu besprechen. Abdom ist die Frage auf den nächsten Generalversammlungen zur Sprache zu bringen. Diejenigen Gewerkschaften, welche sich hiermit einverstanden erklärten, würden zur Feststellung aller näheren Bestimmungen einige Delegirten (welche auf den Generalversammlungen zu wählen seien) zu einer etwa auf Pfingsten einzuberufenden Konferenz zu senden haben, wo die Sache alsdann definitiv zu regeln sei.“ Da man sich in den verschiedenen Gewerkschaftsversammlungen in demselben Sinne ausgesprochen, so werden die Mitgliedschaften ersucht, Vorstehendes zu berücksichtigen. J. A. K. Jahn. H. Hiller. Ch. Ren.

Öffentliche Quittung.

Für die Gemahregelten (Unterstützungsfonds) habe ich seit dem 2. Novbr. erhalten:

Zimmer bei einer Rindkaufe durch G. Wille M. 3,00; Offenbach a. M. d. G. Friz 20,00; Achim d. E. Engelmann 5,00; Großsch d. G. Reichelt 14,21; Groß-Ruheim d. A. Kronenberg 20,00; Hamburg von Förster 2,40 und für Agitation 4,80; do. von Mehreren d. Garbe 8,39; do. von Le Furiere 20,00; Lechhausen d. A. Lichtensteiger 0,50; Coburg von Carl Krämer 1,00; Bittau d. F. Renke 1,00; Langenbielau d. A. Kühn 1,80; Braunschweig vom Abschiedsfest eines vom Militär Entlassenen d. L. Pomann 3,20; do. d. L. Boffe 10,00; Duisburg gesammelt in Beel d. A. Buschmann 1,70; Harburg von der Todtenfeier d. F. Seig 12,00; Frankfurt a. M. d. Leonh. Hunger von Schuhmacherfest 7,00; Gotha von B. Straub 1,00; Gera vom Arbeiterfest d. H. Press 20,22; Forst von verschiedenen Parteigenossen 5,00; Revises d. G. Schmidt von Parteigenossen 26,00; Linden d. W. Quatfajel v. Bims Geburtstag 1,20; Kesselsdorf bei Panau v. Arbeiterfest d. Ph. Haberl 6,66; Ottenen vom Stiftungsfest der „Lassallea“ d. Kirck 9,50; Hamburg Ueberschuß von einem Accord d. Lampe 2,40; Lübeck d. Vater v. Kros' Schneiderwerkstätte 5,00.

Hamburg, 19. November 1877.

August Weib, Rödingsmarkt 12.

Achtung!

Allen auswärtigen Genossen diene hiermit zur gefälligen Notiz, daß die vereinigten Gewerkschaften Kassel mit heutigem Tage ein gemeinschaftliches Betriebslokal errichtet haben. Dasselbe befindet sich beim Gahwirth Saake, Schäfergasse Nr. 20 und wird derselbe bemäht sein, daß ihm von den Gewerkschaften geschenkte Vertrauen durch Verarbeitung von billigen und guten Speisen und Getränken, sowie durch Reinlichkeit und freundliche Bedienung zu rechtfertigen.

Damit nun aber auch dieses Betriebslokal seiner Aufgabe gerecht werden, das heißt, den Herbergen „zur Heimat“ u. c. einen kräftigen Damm entgegen setzen, das Klassenbewußtsein und den Zusammengehörigkeitsinn der Arbeiter mächtig fördern kann, so ist es Pflicht eines jeden hier zureisenden Genossen, nur in obigem Lokal zu verkehren. Der „Vorwärts“, eine Anzahl Gewerkschaftsblätter sowie einige andere Parteiblätter liegen aus.

Kassel, den 18. November 1877.

Die Commission.

NB. Alle Partei- und Gewerkschaftsblätter werden freundlichst um Abdruck gebeten.

Briefkasten.

Der Redaktion. G. Sp. in Kaden: Der „Vorwärts“ nimmt natürlich Ihre Einsendungen auf. In dem bestimmten Falle hielten wir die Aufnahme nicht für rathsam.

Quittung. J. Kurr Saakeid Ab. 10,00 d. L. hier. Wahlverein Harburg Ann. 0,80. Wichmann Duisburg Ann. 0,90. Erdmann Dessau Schr. 3,00. Fr. Schweb. Gmünd Ab. 10,00. Hermann Bremerhafen Ab. 12,00. Schmidt Hof Ab. 9,89. Wri Kpolda Schr. 5,00. Ullmann Grimmschau Ann. 0,60. Jch St. Johann Ab. 5,00. Schr. 10,00. Englmann Adim Ab. 8,10. Ebl Dortmund Ab. 45,00. Wsaff London Ab. 5,10. Krzgr Rittersfeld Ab. 2,38. Czngl Böhm. Leipa Ab. 1,21. Gsch Woritzburg Schr. 1,00. Knytd Haibou Schr. 0,50.

Fonds für Gemahregelte.

Von G. Rglr Hof 1,10. Arbeiterverein Plagwitz 1,00.

Hannover. Sozialdemokratischer Wahlverein.

Sonntag Abend, den 25. November:

Abendunterhaltung

bei Wietgrese, Mittelstraße Nr. 11.

Dazu ladet freundlichst ein

Der Vorstand. [2,40]

Hannover. Bund der Tischler u. verw. Berufsgeossen.

Sonntag, 25. November, findet im Kartensalen Gesellschaftslocale (Eingang am Grauhweg) eine

Abendunterhaltung und Tanzkränzchen

statt. Anfang 5 Uhr.

Kollegen und Freunde unserer Sache ladet hierzu höflichst ein

Das Comité. [2,40]

Leipzig. Arbeiterbildungsverein.

Nächsten Sonntag, Nachmittags von 3 Uhr an, wird im Vereinslokal, Lauerstraße 24, eine

Ausstellung künstlicher Glasgegenstände

stattfinden. Der Zutritt ist Jedermann unentgeltlich gestattet. Abends

halb 8 Uhr: Vortrag über Glasweberei mit Experimenten. [80]

Der Vorstand.

Osnabrück. Arbeiter-Wahlverein.

Montag, den 26. November, Abends 8 1/2 Uhr,

im Saale des Hrn. Hillebrand, Ritenänge 21:

Mitglieder-Versammlung.

Tagesordnung: Vorstandswahl. Verschiedenes.

Um recht zahlreiches Erscheinen ersucht

Der Vorstand. [80]

Als Redakteur

sucht ein Parteigenosse, der zugleich agitatorisch wirken kann, Stellung an einem sozialistischen Blatte. Offerten sub. X. 13 an die Exped. d. Bl.

Bekanntmachung.

Die Genossenschaftsbuchdruckerei Augsburg (Eingetragene Genossenschaft) befindet sich in Liquidation. Alle diejenigen, welche Forderungen an die Genossenschaft zu machen haben, werden aufgefordert, diese sofort bei der Liquidationscommission anzumelden. [2,10]

Die Liquidations-Commission.

Durch verzögerte Zusendung Seitens der Allgemeinen deutschen Associations-Buchdruckerei in Berlin sind wir vorläufig nicht im Stande, die Bestellungen auf Kalender zu effectuiren.

Die Expedition des „Vorwärts“.

Verantwortlicher Redakteur: Hermann Helbig in Rudolzig-Beippla

Redaktion und Expedition Färberstraße 12/II in Leipzig.

Druck und Verlag der Genossenschaftsbuchdruckerei in Leipzig.